

Zürich



Medizinstudentinnen und -studenten der ETH Zürich lernen schon früh ausserhalb des Hörsaals. Hier im Kantonsspital Baden. Foto: Urs Jaudas

Die Zahl der Medizinstudierenden soll mehr als verdoppelt werden

Kampf gegen Ärztemangel Um mehr Ärztinnen und Ärzte auszubilden, braucht es drastische und teure Massnahmen. Im Zürcher Kantonsparlament herrscht trotzdem seltene Einigkeit.

Pascal Unternährer

Wird Zürich zum Schweizer Mekka für Medizinstudierende? Ein dringlicher Vorstoss fordert im Kantonsrat eine Erhöhung der Zahl der Studienplätze an der Universität Zürich um 500 bis im Jahr 2028. Heute bietet die Uni 380 Plätze für Erstsemestrierte. Steigt diese Zahl auf 880, bedeutet dies mehr als eine Verdoppelung. Dazu kommen auf dem Platz Zürich noch 100 weitere Plätze in einem separaten Medizinstudiengang der ETH.

Der Vorstoss wird heute im Kantonsrat behandelt und hat beste Chancen durchzukommen. Lanciert hat ihn Mitte-Politiker und Hausarzt Josef Widler, unterschrieben haben praktisch alle Parteien.

Schon jetzt herrscht Mangel

Den Mangel an Ärztinnen und Ärzten bestreitet niemand, er ist schon heute spürbar. Etwa auf dem Land oder im Bereich der Kindermedizin. Auch ist absehbar, dass sich die Situation verschärfen wird. Denn die Ärzte aus der Babyboomer-Generation gehen in Pension.

Und die jüngeren Medizinerinnen und Mediziner wollen vermehrt Teilzeit arbeiten, um mehr Zeit für die Familie und anderes zu haben. Gemäss einer Studie der Beratungsfirma PWC fehlen 2040 in der Schweiz 5500 Ärztinnen und Ärzte.

Weil die Schweiz die Studienplätze seit 1998 beschränkt, musste immer mehr ausgebildetes Personal aus dem Ausland rekrutiert werden. Vor 20 Jahren hatten 4600 oder 17 Prozent der Mediziner ein ausländisches Diplom. Heute sind es fast 17'000, was über 40 Prozent ausmacht.

Der Medizinberuf wird immer weiblicher

In der Schweiz arbeiteten 2023 41'100 Ärztinnen und Ärzte, 47% davon waren Frauen.

■ Männer ■ Frauen

Unter 40-jährig

40% 60%

40- bis 64-jährig

54% 46%

65 Jahre und älter

77% 23%

Grafik: pu, sip, mt / Quelle: FMH

Die Hälfte der ausländischen Ärztinnen und Ärzte kommt aus Deutschland. Die Schweiz gebt sich so in eine Abhängigkeit vom Ausland, wie Josef Widler festhält.

Was den Politiker und Arzt Josef Widler stört: Viele Einheimische würden gerne den Arztberuf erlernen, dürfen aber nicht. Für die 2200 Studienplätze an den neun Hochschulen bewerben sich jeweils über 6000 junge Menschen.

Die meisten fallen aber beim Eignungstest durch, den die Deutschschweizer Unis wegen der beschränkten Studienplätze durchführen. An den Westschweizer Unis, die keine Zutrittskennzeichen kennen, findet die Selektion im ersten und zweiten Studienjahr statt.

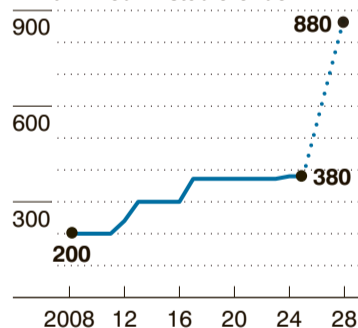
Ausbau ist mehrheitsfähig

Es ist nicht das erste Mal, dass der Zürcher Kantonsrat Druck macht für einen Ausbau des Angebots für Humanmedizinerin-

An der Uni Zürich wird ein massiver Zuwachs gefordert

— Studienplätze im 1. Semester
... Forderung Kantonsrat

Anzahl Medizinstudierende

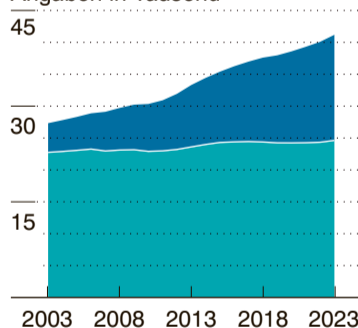


Grafik: pu, mt / Quelle: Kanton Zürich

Immer mehr ausländische Ärztinnen und Ärzte

■ Ausländische Diplome
■ Eidgenössische Diplome

Angaben in Tausend



Grafik: pu, mt / Quelle: FMH

nen und -mediziner. 2012 verlangte das Parlament mehr Studienplätze und erreichte eine Erhöhung um 100 auf 300 Uniplätze in zwei Schritten.

2022 wiederholte sich die Aktion. Der Kantonsrat forderte weitere 72 Zusatzplätze. Inzwischen hatte der Bund ein schweizweites 100-Millionen-Sonderprogramm gestartet mit dem Ziel, die jährlichen Studienabschlüsse in der Humanmedizin von jährlich 850 (2014) auf 1300 (2025) zu steigern.

Mit diesem Geld finanzierte der Kanton Zürich ab 2017 bereits 72 neue Studienplätze. Die weiteren von Kantonsrat verlangten 72 Plätze sind noch nicht umgesetzt. Ob es dafür erneut Geld vom Bund gibt, ist ungewiss. Bekanntlich steckt er mitten in einer grossen Sparübung.

Zeitlicher Anlass für den Zürcher Vorstoss von Josef Widler und Mitunterzeichnenden war der Entscheid des Ständerats im September, den Numerus clausus (NC), also die Zutrittsbeschränkung für das Medizinstudium, abzuschaffen.

Bundesrat Guy Parmelin (SVP) wehrte sich gegen die Abschaffung des NC, vor allem aus finanziellen Gründen. Der Bildungsminister sprach von jährlichen Kosten von über 100'000 Franken pro Studierende.

Das Studium der Medizin ist eines der teuersten. Gemäss Bundesamt für Statistik kostet ein Jus- oder Wirtschaftsstudium die Allgemeinheit rund 10'000 Franken im Jahr respektive 20'000

Das teuerste Studium

Die Zahl führte zu einem Protest des Verbands der Medizinstudierenden, der die Zahl von 30'000 Franken pro Studienjahr nannte. Die Erklärung für die Differenz: Die höhere Zahl rechnet neben den reinen Ausbildungskosten die Forschungskosten mit ein, welche an den medizinischen Fakultäten anfallen.

Welche Zahl man auch nimmt: Das Studium der Medizin ist eines der teuersten. Gemäss Bundesamt für Statistik kostet ein Jus- oder Wirtschaftsstudium die Allgemeinheit rund 10'000 Franken im Jahr respektive 20'000

Franken inklusive Forschung. 500 zusätzliche Medizinstudierende würden also je nach Sichtweise 15 oder 50 Millionen Franken im Jahr kosten.

Für die allermeisten Medizinstudierenden zahlen die Kantone. Deshalb wehrte sich der Zürcher Regierungsrat in der Vergangenheit gegen eine Erhöhung der Studienplätze. Auf Druck des Kantonsrats ist er aber umgeschwenkt.

Die Bildungsdirektion von Silvia Steiner (Mitte) richtet auf Anfrage aus, sie sei der Meinung, «dass die Studienkapazitäten deutlich erhöht werden sollen». Präziser will sie nicht werden. Der Umfang der Erhöhung müsse noch durch den Regierungsrat und den Kantonsrat bestimmt werden.

«Nicht zielführend»

Vorstösser Josef Widler weiss, dass sich seine Forderung «nicht von einem Tag auf den anderen» umsetzen lässt, wie er sagt. Aber er hofft, dass es nun zügig vorgeht.

Die vom nationalen Parlament beschlossene Abschaffung des Numerus clausus kritisiert Widler als «nicht zielführend». Er sagt: «Das bringt keinen einzigen zusätzlichen Doktor.» Aber was tun, wenn die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber jene der Studienplätze übertrifft? Da hat Widler ein eigenes Rezept.

Neue Voraussetzung für den Zugang zum Medizinstudium soll ein mindestens sechsmoatiges Pflegepraktikum sein. Die Arbeit mit schwerkranken Menschen und allenfalls Begegnungen mit dem Tod würden gemäss Widler «eine Art Vorselektion» bei den Interessenten bewirken.

Umstrittener Stammzellen-Arzt verurteilt

Gefahrenpotenzial Die Zürcher Gesundheitsdirektion hat einem Arzt die Bewilligung zur Berufsausübung entzogen, der in seiner Praxis am Zürichsee neben Schönheitsoperationen auch Behandlungen mit Stammzellen anbot. Wie die «SonntagsZeitung» berichtet, hat ihn die Heilmittelbehörde Swissmedic zudem verurteilt. Der Arzt wurde mit 40'000 Franken gebüsst. Unter anderem auch, weil er unzulässige Heilsversprechen gemacht hatte.

Im Strafbescheid heisst es, der Beschuldigte Sebastian V. habe sich bewusst über die Regeln hinweggesetzt, indem er «ohne Bewilligung Zellpräparate substanziiell manipuliert und diese appliziert hat». Er soll Fett von Patientinnen und Patienten entnommen, daraus Stammzellen extrahiert und diese für teure Behandlungen genutzt haben.

Gemäss Swissmedic behandelte V. 30 Patienten ohne Bewilligung mit durch ihn aufbereiteten Stammzellen. Dies berge ein grosses Gefahrenpotenzial für Patientinnen und Patienten.

Der Entzug der Berufsausübungsbewilligung ist eine seltene Massnahme, schweizweit gab es zuletzt nur fünf entsprechende Entzüge pro Jahr. Damit darf Sebastian V. nicht mehr praktizieren.

Nach wie vor hängt ist ein Verfahren der Zürcher Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Betrug und weitere Vermögensdelikte. Wie diese Redaktion bereits 2021 aufdeckte, hatte sich V. unter anderem einen Corona-Kredit beschafft und sich namhafte Beträge selbst überwiesen. Der Anwalt des Arztes teilt mit, sein Mandant erachte die Vorwürfe als haltlos. Es gilt die Unschuldsumutung. (red)

Raser in Tunnel mit 239 km/h unterwegs

Autobahn A4 Die Kantonspolizei Zürich hat in der Nacht auf gestern im Islisbergtunnel auf der Autobahn A4 einen Personenwagen mit 239 Kilometern pro Stunde gemessen. Der Fahrer wurde festgenommen, sein Führerschein und das Auto konfisziert.

Das Fahrzeug passierte die Messstelle in Fahrtrichtung Luzern kurz nach 2 Uhr morgens, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. Erlaubt wären an dem Ort 100 Kilometer pro Stunde. Der Lenker des Fahrzeugs, ein 36-jähriger Nordmazedonier, konnte kurze Zeit später angehalten werden, wie die Kantonspolizei Zürich weiter schrieb. Er müsse sich nun vor der Staatsanwaltschaft wegen eines Raserdelikts verantworten.

Sechs Stunden dauerte die Geschwindigkeitskontrolle. Einem Lenker wurde der Führerausweis abgenommen, da er die erlaubte Höchstgeschwindigkeit um netto 79 km/h überschritt.

Er und 18 weitere Fahrzeuglenkende werden bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Sie überschritten die signalisierte Geschwindigkeit nach Abzug der Messtoleranz um mehr als 25 km/h. Insgesamt registrierte das Geschwindigkeitsmessgerät mehr als 200 Missachtungen der Höchstgeschwindigkeit. (SDA)